

Mustervorlage Adresssperrung nach § 51 BMG / copyright: VBRG e.V.

XYZ

NAME/ADRESSE

Landeseinwohneramt XYZ

ADRESSE

PLZ ORT

ORT , den DATUM

Antrag auf Sperrung meiner Meldeadresse nach §51 Abs. 1 Bundesmeldegesetz (BMG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Sperrung meiner Meldeadresse nach §51 Abs. 1 Bundesmeldegesetz.

Ich bin ehrenamtliches Mitglied bei / aktiv in / Kommunalpolitiker*in im XYZ (hier bitte die ehrenamtliche Tätigkeit/Mitgliedschaft / Funktion zu nennen, die Sie zum Ziel von rechten Angriffen/Bedrohungen/Kampagnen macht).

HIER bitte kurz benennen, wofür sich der Verein/die Initiative/ die Wählergemeinschaft /Partei einsetzt, bei der Sie sich engagieren und wie diese ggfs. auch schon des öfteren im Fokus von rechten Angriffen/Kampagnen/Bedrohungen steht.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sammeln Neonazis und Anhänger*innen von (der Coronaleugner-Bewegung/von Pegida/ oder XYZ) unter dem Motto „Anti-Antifa“ Namen, Daten und persönliche Details von so genannten politischen Gegnern. Dazu gehören u.a. Ehrenamtliche in Flüchtlingsinitiativen, Migrant*innen-Selbstorganisationen, Politiker*innen demokratischer Parteien, Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Politiker*innen, Polizeibeamte und Journalist*innen. Vor kurzem wurden in XYZ (Ort/Stadt/Region) u.a. HIER bitte konkrete rechte Gewalttaten/Bedrohungen auflisten) verübt. Seit Jahren werden in XYZ-Stadt/Ort/Region/Bundesland von Neonazis Feindlisten zusammengestellt und partiell im Internet veröffentlicht, größtenteils aber in geschlossenen Foren innerhalb der Szene weitergegeben.

Angesichts der o.g. Fakten und meiner öffentlichkeitswirksamen Auftritte für XYZ (s.o.) bitte ich Sie, meinem Antrag nach §51 Abs.1 des Meldegesetzes ab sofort stattzugeben.

Gerne weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass nach der Reform des §51 Abs.1 BMG „bei der Feststellung, ob Tatsachen im Sinne des Satzes 1 vorliegen, auch zu berücksichtigen“ ist, „ob die betroffene oder eine andere Person einem Personenkreis angehört, der sich auf Grund seiner beruflichen oder ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeit allgemein in verstärktem Maße Anfeindungen oder sonstigen Angriffen ausgesetzt sieht.“ Aufgrund meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für XYZ (s.o.) gehöre ich zu dem Personenkreis, der nach §51 Abs. 1 BMG aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeit in einem verstärkten Maß Anfeindungen und Angriffen von Rechts ausgesetzt ist.

Dies zeigt sich u.a. in ggfs. HIER individuelle konkrete Beispiele/Tweets/Drohmails/Aktenzeichen von Strafanzeigen/Ermittlungsverfahren etc. / Wenn nicht, dann geht es auch ohne konkrete Beispiele.

Mit freundlichen Grüßen,

XYZ